A7: Keine Kriegs- und Zwangsdienste!

Einreichende: Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig positioniert sich klar gegen jede Form der Wiedereinführung der Wehrpflicht oder sonstiger verpflichtender Gesellschaftsdienste. Wir lehnen staatlich verordneten Zwang ab. Wir lehnen ebenfalls ein Ziviljahr ab, da diese im Kapitalismus nur zur Ausbeutung kostenfreier Arbeitskraft dient und die Politik die Probleme der Pflege weiter ignorieren kann.

Begründung:

Der Ruf nach einem verpflichtenden Dienst an der sogenannten „Gesellschaft" ignoriert die tatsächlichen Lebensrealitäten im Kapitalismus.
Wir müssen uns fragen, ob Schulen Orte der freien Bildung, oder Stationen auf dem Weg in eine durchökonomisierte Arbeitswelt sind. Junge Menschen werden nicht darauf vorbereitet, der Gesellschaft zu dienen, sie werden dazu erzogen, dem Geld und dem Profit zu dienen.

Der vermeintliche „gesellschaftliche Dienst" dient in Wahrheit ganz anderen Interessen:

- Der Zwang zur unbezahlten Arbeit ist ein Hebel der Wirtschaft zur eigenen Bereicherung.
- Die Politik kann sich damit aus der Verantwortung ziehen, strukturell in Sozialsysteme und Pflegeberufe zu investieren.
- Die Wehrpflicht wiederum sichert der Rüstungsindustrie eine lukrative Zukunft – auf Kosten der Jugend.

Zwangsdienste bedeuten nicht nur einen Eingriff in die Selbstbestimmung junger Menschen, sondern sind Ausdruck politischer Bequemlichkeit und wirtschaftlicher Interessenpolitik.
Eine gerechte Gesellschaft darf nicht auf Zwang beruhen. Stattdessen fordern wir Investitionen in freiwillige Angebote, gute Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen, und echte politische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

Der Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen.